

GRÜNE JUGEND Dachau mit weiteren Unterzeichner\*innen  
Pater-Roth-Straße 12  
85221 Dachau  
gj@gruene-dachau.de

Landrat Stefan Löwl  
Bürgermeister-Zauner-Ring 11  
85221 Dachau

Dachau, den 04.05.2021

**Offener Brief an den Landrat und den Kreistag des Landkreises Dachau:  
Anschluss des Landkreises Dachau an das Bündnis "Sichere Häfen -  
Seebrücke"**

Sehr geehrter Herr Landrat Löwl,  
sehr geehrter Kreistag, sehr geehrte Verwaltung,

seit Jahren erleben wir eine humanitäre Katastrophe vor den Grenzen Europas. Insbesondere auf der Route über das Mittelmeer verlieren täglich Menschen auf ihrer Flucht vor Hunger, Armut, Krieg und Verfolgung ihr Leben. Allein im Jahr 2020 sind über 900 Menschen im Mittelmeer ertrunken. In den letzten sieben Jahren waren es über 20.000. Die genannten Zahlen beschränken sich allein auf diejenigen Fälle, bei denen Personen tot geborgen werden konnten und Fälle von Personen, die über einen längeren Zeitraum als vermisst gemeldet wurden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher sein. Damit handelt es sich bei der Fluchtroute über das Mittelmeer um die tödlichste Seeroute der Welt.

Im Zeitraum Januar bis November 2020 haben etwa 34000 Geflüchtete über die Zentrale Mittelmeer-Route (Seeweg), mehr als 23000 mittels der West- Balkan Route (Landweg) und circa 18500 über die Ost- Mittelmeer- Route (Land- und Seeweg) die Grenze in die Europäische Union illegal übertreten. Nicht erfasst sind hier die mehreren Tausend, welche andere Fluchtrouten genutzt haben. Doch mit der Grenzüberschreitung ist das Leben der Migrant\*innen noch nicht gesichert. Dasselbe Europa, das sich der Einhaltung der Menschenrechte und der Achtung aller menschlichen Grundfreiheiten verschrieben hat, ergreift seit Jahren Maßnahmen um

Fluchtwege zu blockieren und Europa abzuschotten. Als solche sind der Abbruch staatlicher Seenotrettungsmissionen, wie der Mare Nostrum zu nennen, wie auch die Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache und die Kriminalisierung und Behinderung ziviler Seenotrettungsorganisationen und deren Mitgliedern.

Immer öfter kommt es dazu, dass Seenotrettung-NGOs die Zufahrt zu europäischen Häfen verwehrt wird, was zur Folge hat das die zivilen Seenotrettungsschiffe zum wochenlangen Ausharren auf dem Meer gezwungen und die geretteten Menschen dadurch in einer prekären und von Unsicherheiten geprägten, gefährlichen Lage verharren müssen. Zusätzlich werden immer wieder Stimmen laut, die eine Rückführung der aus Seenot geretteten Menschen durch die NGOs in das Bürgerkriegsland Libyen fordern, so wie es die libysche Küstenwache praktiziert. Dabei missachten sie jedoch Kapitel V, Regulation 33 das SOLAS-Übereinkommen von 1974, das Kapitän\*innen dazu anweist Personen ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit an einen „sicheren Ort“ zu bringen. In Libyen kann von einem sicheren Ort in Anbetracht der Situation in den dortigen Internierungslagern nicht die Rede sein, denn dort sind nach den offiziellen Informationen der deutschen Botschaft Erpressungen, Exekutionen, Folter und Vergewaltigungen alltäglich. Sogar die UN weist Europa explizit an Menschen nicht nach Libyen zurückzubringen, weil dort keine Sicherheit geboten werden kann.

Aktuell werden die Geflüchteten, welche die Überquerung des Mittelmeers überlebt haben, unter anderem in den Hotspots Griechenlands und der Türkei zur Erstaufnahme gesammelt. Doch sind diese Lager bereits bei weitem überfüllt und die Lebensbedingungen unmenschlich. Einige Lager wurden mutmaßlich zerstört, die Lebensmittelversorgung ist bei weitem nicht ausreichend und medizinische und psychische Versorgung auf niedrigstem Niveau. Medien berichten von regelmäßigen Suizidversuchen, Vergewaltigungen und starker Verbreitung von Krankheiten (Läuse, Krätze, u.v.m.) durch mangelnde Waschmöglichkeiten. Aktuelle Berichte weisen auch vermehrt auf die starke psychische Belastung von Kindern hin.

Insbesondere seit der Zerstörung von Moria im September 2020 hat sich die ohnehin kritische Situation noch verschlimmert. Die circa 7500 Menschen, die vorwiegend in nicht-winterfesten Notzelten untergebracht worden sind, leben auf engstem Raum zusammen und haben meist keinen Zugang zu fließendem Wasser, sodass für viele Geflüchtete eine gewisse Grundhygiene unmöglich ist.

Abgesehen von der allgemeinen Frage nach der Menschenwürde, ist dies besonders in Zeiten einer globalen Pandemie als besonders kritisch zu sehen. Ein Schutz vor Covid-19 ist für das Individuum quasi ausgeschlossen aber gleichzeitig ist auch eine (lebensrettende) Behandlung von Erkrankten in den Lagern bei einem Ausbruch vor Ort nicht angemessen zu garantieren.

Diese alarmierenden Bedingungen in den Flüchtlingslagern erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria, Kara Tepe und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

Die europäische Staatengemeinschaft verletzt durch die Missachtung der aktuellen Zustände maßgeblich Menschenrechte. Sie muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden, darf sich nicht auf die Arbeit Dritter, etwa der vermeintlichen libyschen Küstenwache verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Die Begründung für Abschottungsmaßnahmen dieser Art, wie auch für die Blockaden der Häfen lautet, dass zunächst eine feste Regelung auf europäischer Ebene hinsichtlich der Verteilung der Geflüchteten geschaffen werden müsse. Nicht zuletzt ist eine solche Regelung auch notwendig um eine Entlastung der Mittelmeerstaaten zu schaffen und europäische Solidarität praktisch zu leben. Da eine europäische Lösung jedoch nach so vielen Jahren noch nicht einmal in entfernter Aussicht zu stehen scheint, müssen Institutionen, Instanzen und Bündnisse auf lokaler Ebene konsequente, konkrete Maßnahmen ergreifen, um unserer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und die Menschenrechte aller zu wahren.

Dieser Brief soll die Grundlage schaffen, dass der Landkreis Dachau seinen humanitären Beitrag hierzu leistet.

Wir fordern daher einen Anschluss des Landkreises Dachau an das Bündnis "Sichere Häfen - Seebrücke" und damit die Erklärung der Unterstützung von sicheren Fluchtwegen, staatlichen Seenotrettungsmissionen und einer menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden.

Bisher haben sich deutschlandweit bereits 220 Städte und Landkreise zum 'Sicheren Hafen' erklärt und diese Zahl wächst fortlaufend.

Die Bereitschaftserklärung zur Unterstützung aus Seenot geretteter Menschen, ist ein klarer und unterstützenswerter Appell an die europäische Regierung.

Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung zur Gewährleistung einer umfassenden Menschenwürde und dem Schutz von menschlichen Leben nachkommen. Gerade in Dachau wurde in den letzten Monaten und Jahren, u.a. durch Spendenaktionen, die große Solidarität der ansässigen Bürger\*innen mit der Krise an den Außengrenzen und den von ihr Betroffenen deutlich.

Es ist an der Zeit, dass sich diese Solidarität auch in der kommunalen Politik des Landkreises niederschlägt!

Mit freundlichen Grüßen



Weitere Unterzeichner\*innen:



Arbeitskreis Asyl Dachau



Asyl-Helferkreis Indersdorf



Assoziation autonomer Umtriebe Dachau



Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Dachau e.V.



Beate Walter-Rosenheimer MdB



BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN KV Dachau



Dachauer Schüler\*innenbüro



DIE LINKE. KV Amper



Die PARTEI KV Dachau



Evangelische Jugend Dachau und Landkreis



FairkaufLaden Petershausen



Freiraum Dachau e.V.



Fridays for Future Dachau



Helferkreis Asyl Petershausen



Jugendrat Dachau



JUSOS Landkreis Dachau



katholische Landjugend Bewegung Dachau



Kommunale Agenda 21 Petershausen



Kreisjugendring Dachau



ÖDP KV Dachau



Oktagon Kollektiv



People for Future Dachau



Seebrücke München



Volt Dachau

Für Rückfragen und ein Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Johanna Dorr und Julia Mählich  
Sprecherinnen der GRÜNEN JUGEND Dachau  
gj@gruene-dachau.de